Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

33 (20.1.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 20. Januar 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

130. Sitzung vom 19. Januar.

Haus und Tribünen sind sehr gut besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Graf Bülow, Tirpitz, Graf Posadowsky, von Podbielski, Thielmann, Dr. Nieberding u. A.

Der Präsident Graf **Ballestrem** erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Kaiser zu seinem Geburtstage die Glückwünsche des Hauses darzubringen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung folgender von Mitgliedern sämmtlicher Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, unterschriebenen Interpellation Möller (nl.) betreffend die Beschlagnahme deutscher Schiffe:

„Welche Schritte haben die verbündeten Regierungen gegenüber den Beschlagnahmen deutscher Schiffe durch Organe der englischen Regierung gethan?"

Staatssekretär Graf **Bülow** erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. **Möller** (nl.): Nach dem, was die Zeitungen uns heute Morgen verkündet haben, könnte man ja vielleicht der Meinung sein, daß die Interpellation hinfällig geworden sei. Ich bin aber nicht der Meinung und alle meine Freunde auch nicht. Wir halten nach wie vor dafür, daß bei dieser Gelegenheit der tiefen Entrüstung, die das deutsche Volk über die Art und Weise empfunden hat, wie man deutsche Schiffe von englischer Seite behandelt hat, ein kräftiger Ausdruck auch an dieser Stelle verliehen werden muß. (Beifall.) — Lange vor dem Kriege, den England jetzt gegen die beiden Republiken unternommen hat, hat der Transvaalstaat in Folge des Freibeuterzuges des Dr. Jameson Vorsorge getroffen für die Dinge, die da kommen würden und die nach seiner Meinung unvermeidbar waren. Sie haben sich für den Krieg, der ihnen bevorstand, in einer Weise gerüstet, die alle Welt in Erstaunen gesetzt hat. An diesen Rüstungen, an den Lieferungen haben sich die verschiedensten Nationen betheiligt; keineswegs sind es die Deutschen allein gewesen, nein, es sind auch in ganz erheblichem Maße die Engländer selbst gewesen, die Waffen geliefert haben, damit die Boeren den jetzigen Krieg führen können (Hört! hört!) und es sind, ich will nicht sagen in erster Linie, aber mindestens in gleichem Maße betheiligt an dem Transport dieser Waffen englische Schiffe und deutsche Schiffe. Wenn überhaupt ein Unterschied existirt, so kann es nur der sein, daß die deutschen Schiffe Passagierschiffe waren, die keine Explosivstoffe laden durften, und daß sie daher nur explosivsichere Stoffe und Gewehre mitgenommen haben, während die englischen Schiffe die Kanonen und Granaten den Boeren zugeführt haben. (Hört, hört!) Nach dieser Richtung hin hat also absolute Parität bestanden zwischen England und Deutschland. Die deutschen Schiffe gehörten mit Ausnahme eines einzigen der deutschen Ostafrikalinie an, einer Linie, die als Postdampferlinie vom deutschen Reiche subventionirt wird. Diese Linie hat, ganz entsprechend den Verpflichtungen, die sie gerade als Postdampferlinie hat, strikteste Neutralität bewahrt. Vom Augenblik der Kriegserklärung an hat sie keinerlei Waarensendungen angenommen, die im Verdacht stehen konnten, Kriegskontrebande zu sein. Sie hat alles, was an Kriegskontrebande sich an Bord der Schiffe befand, sei es in Aden, sei es in Dar-es-Salaam, ausladen lassen. Die Agenten der Gesellschaft auf allen Stationen, an denen die Dampfer anliefen, waren auf's strikteste angewiesen, keinerlei Kontrebande aufzuladen. Trotz alledem kam am 29. Dezember die erstaunliche Nachricht, daß der Dampfer „Bundesrath" vor der Delagoa-Bai aufgebracht und nach Durban eingebracht sei. Am 4. Januar folgte dann die Nachricht, daß der Dampfer „General" schon in Aden von englischen Truppen besetzt, festgehalten und zur Ausladung gezwungen worden sei. Dabei sind 80 Tonnen der Ladung so schwer beschädigt worden, daß sie zurückgelassen werden mußten. Nach einem Aufenthalt von acht Tagen aber hat das Schiff weiter gehen können. Weiterhin ist am 7. Januar die Nachricht gekommen, daß auch der Dampfer „Herzog" in Durban eingebracht worden sei. Dieser Dampfer hatte anders wie die übrigen Schiffe den Weg um das Kap der guten Hoffnung genommen, kam also von der anderen Seite her. Dieses Schiff ist nach verhältnißmäßig kurzer Zeit, nämlich nach vier Tagen, wieder freigelassen worden und mit unerheblichem Zeitverlust nach seinem Bestimmungsort weiter gefahren. Es hat nun der Telegraph noch weiter die Nachricht gebracht über ein Schiff Namens „Hans Wagner", das im Laufe des Dezember in der Delagoa-Bai festgehalten worden sei. Es wird angenommen, daß Dynamit an Bord gewesen, und daß daher eine gewisse Berechtigung für die Beschlagnahme vorhanden gewesen ist. Dynamit ist aber ein regelmäßiger Handelsartikel für jene Gegenden, in denen der Goldbergbau in so großem Umfange betrieben wird. Das Dynamit ist ein unentbehrliches Werkzeug für den Goldbergbau, es wird regelmäßig von Europa hingebracht, sodaß also an und für sich den Rheder auch nicht der entfernteste Vorwurf trifft, weil er Dynamit an Bord hatte. Andererseits ist einzuräumen, daß eine kriegführende Partei ein Schiff mit Dynamit selbstverständlich beschlagnahmen kann, weil Dynamit ja auch für Kriegszwecke gebraucht wird. Bei den drei ersten Dampfern fällt erschwerend ins Gewicht, daß diese Dampfer Postdampfer waren. Leider ist in der Literatur, soweit ich sie habe durchstöbern können, nichts darüber zu finden, daß Postdampfer eine privilegirte Stellung vor Handelsschiffen hätten. Ich meine aber, daß diese Störung, die hier Postdampfern widerfahren ist, Anlaß geben sollte, daß man das internationale Recht der Postdampfer festlegt. (Sehr richtig!) Das ist ein allgemeines Interesse aller Nationen, nicht blos der Deutschen. Alle sind daran interessirt, daß der Briefverkehr im Kriege voll aufrecht erhalten wird und keine unnützen, willkürlichen Störungen zu befürchten hat. Ich möchte dabei an den Staatssekretär des Reichspostamts — er ist ja im Saale anwesend — eine Nebenfrage stellen, nämlich die, ob er Auskunft darüber geben kann, ob ungehörige Störungen bei der Weiterbeförderung der angehaltenen Postsachen in irgend einer Weise stattgefunden haben. Es würde erheblich zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen, wenn er mittheilen könnte, daß solche Störungen nicht stattgefunden haben. Bei dem Schiffe „General" liegt ein weiterer erschwerender Umstand vor. Dieses Schiff war nicht nur Postdampfer für unsere Kolonien, sondern es waren auch zahlreiche deutsche Passagiere an Bord, und allen diesen wurde eine Störung bereitet, die 8 Tage gedauert hat. Weiter kommt noch hinzu, daß durch die Beschlagnahme der Dampfer alle weiteren Verbindungen gestört worden sind. Alle weiteren Anschlüsse sind verfehlt worden.

Am rücksichtslosesten ist man vorgegangen gegen den Dampfer „Bundesrath". Er hatte nach Ausweis der Dampferpapiere, die mir vorgelegen haben, von einer Gesammtladung von 2000 Kubikm. 280 Kubikm. zur Delagoa-Bai. Diese 280 Kubikm. Ladung hätten mit Leichtigkeit durch die Rhederei in 1 bis 2 Tagen verladen werden können. Statt dessen haben die Engländer es für gut befunden, das Schiff 3 Wochen lang festzuhalten (Hört, Hört!), eine Rücksichtslosigkeit, wie man sie sich schlimmer nicht denken kann. (Beifall. Zuruf von den Antisemiten: Unverschämtheit!) Alles das mußte den englischen Behörden wohl bekannt sein; denn sie sind wohlerfahren in derartigen Dingen.

Was nun die völkerrechtliche Seite der Frage betrifft, so meine ich, die Interessen aller seefahrenden Nationen verlangen Klarheit auf diesem Gebiet. Leider ist das Seerecht ein etwas flüssiges Recht; aber es bestehen doch gewisse Minimal-Ansprüche, die von jeher anerkannt worden sind. Es wäre dringend wünschenswerth, daß von Neuem der Versuch gemacht würde, diese Regeln in festere Form zu gießen. Diejenigen Fragen, die bei der heutigen Tagesliteratur am meisten besprochen worden, die Beschlagnahme und die Festhaltung von Personen, kann ich ausscheiden, wenn ich kurz sein will, es ist genug, wenn man nur die Thatsachen erwähnt. Es genügt, wenn ich untersuche, wie weit das Recht der Visitation, der Beschlagnahme und der Festhaltung der Schiffe geht.

Bei der Dürftigkeit des Seerechts werde ich nicht auf die Erörterung von Kongressen u. dergl. eingehen, sondern auf die praktische Handhabung des Seerechts, wie wir sie in der letzten Zeit erlebt haben. Da ist sehr interessant die Aeußerung der spanischen Regierung. Sie hat bei Beginn des spanisch-amerikanischen Krieges einen Plan bekannt gemacht, wonach Alle, die an der Sache betheiligt waren, wußten, woran sie sich zu halten haben, während uns England vollständig im Unklaren darüber läßt, was es thun will. In der spanischen Verordnung war zuerst der Grundsatz aufgestellt, daß eine Visitation nicht in neutralen Gewässern ausgeübt werden darf. Auch diesen Fall können wir ausscheiden, weil nach den Nachrichten, die mir zugegangen sind, es nicht wahrscheinlich ist, daß der „Bundesrath" in den neutralen portugiesischen Gewässern betroffen worden ist. Dann schreibt ein weiterer Satz in der spanischen Verordnung vor, daß eine Prüfung der Beschaffenheit der Ladung nicht durch Oeffnen der Laderäume und der Behältnisse der Waaren geschehen darf, es sei denn, daß Umstände vorliegen, die den Verdacht der Kontrebande rechtfertigen, oder die Schiffspapiere fingirt sind. Die Papiere sämmtlicher Schiffe sind aber in bester Ordnung gewesen und die Untersuchung hat ergeben, daß die Rhederei durchaus korrekte Papiere an Bord gehabt hat. Die genannten Erklärungen haben also die Spanier unter Kodifikation des bestehenden Rechts abgegeben. Die Engländer haben das nicht gethan. Nun würden ja die spanischen Erklärungen für die Engländer nicht bindend sein, aber die Engländer müßten doch das wenigstens als bindend für sich anerkennen, was sie selbst als Instruktion für ihre Seeoffiziere gedruckt haben. Das ist geschehen nach Abschluß des Sezessionskrieges, zu einer Zeit, wo die englische Marine reichlich viel Streitigkeiten mit den Behörden der Vereinigten Staaten hatte. Die Niederlegung dieser Bestimmungen rührt aus dem Jahre 1864 her und ist dann noch einmal kodifizirt worden unter Mitwirkung des Herrn Smith, eines der höchsten juristischen Beamten der Admiralität im Jahre 1866. Nach dieser Kodifikation ist der Bestimmungsort des Schiffes entscheidend für den Bestimmungsort der Waare; ist also der Bestimmungsort des Schiffes feindlich, so ist auch der Bestimmungsort der Waaren als feindlich anzusehen, wenn nicht etwa aus den Schiffspapieren oder sonst irgendwie erhellt, daß die Waaren über den angegebenen Hafen hinaus nach einem entfernteren Orte bestimmt sind. Ich glaube, daß die vorstehenden Festsetzungen ohne Weiteres mit gutem Gewissen von uns auf die vorliegenden Fälle angewandt werden können. Wenn also thatsächlich die Ladungen unserer Schiffe weiter hätten transportirt werden sollen, so hätten die Engländer die Schiffe doch nicht aufhalten dürfen. Wenn die englische Regierung gegenwärtig jedoch eine andere Auffassung hat, so hätte sie die Pflicht gehabt, eine Pflicht internationaler Höflichkeit (Lebhafte Zustimmung), bestimmt auszusprechen, welcher Ansicht sie jetzt huldigt. (Sehr wahr!) Denn das kann die internationale Schifffahrt sich in der That nicht gefallen lassen, daß sie willkürlich behandelt wird (Lebhafte Zustimmung), und was hier geschehen ist, ist nichts weiter als ein Akt der Willkür. (Sehr richtig!)

Ich betrachte es als selbstverständlich, daß die englische Regierung verpflichtet ist, nunmehr, nachdem die Irrigkeit ihrer Unternehmungen nachgewiesen ist, volle Entschädigung, sowohl des direkten wie des indirekten Schadens, uns zu geben. (Lebhafte Zustimmung). Aber damit wird noch lange nicht genug geschehen sein. (Sehr richtig!). Was unserer Flagge angethan ist, was unserer nationalen Ehre damit angethan ist, erfordert nach den Regeln der internationalen Höflichkeit eine weitere volle Genugthuung (Sehr richtig!), und diese müssen wir verlangen. (Lebhafter Beifall). Wir müssen aber ferner verlangen, daß nunmehr Klarheit geschaffen wird in Bezug auf das, was weiter geschehen soll. Wir müssen Sicherheit haben für die Zukunft. Das müssen wir im Namen unserer Schifffahrt verlangen, und das müssen wir verlangen auch im Namen der gesammten internationalen Schifffahrt für alle seefahrenden Nationen. (Beifall.) Und wenn etwas geschehen sein wird, wenn die Engländer es klar ausgesprochen haben werden gegenüber der ganzen seefahrenden Welt, was sie jetzt als Recht ansehen, dann wird es sich wieder für die anderen Nationen darum handeln, zu erklären, wie sie sich dazu stellen. Das unterliegt gar keinem Zweifel. Ich habe es für meine Aufgabe erachtet, zu untersuchen, was die psychologische Erklärung für die Beschlagnahmen sei; und da mußte ich mir sagen: Menschlich erklärlich ist es, daß sich die Organe der englischen Regierung namentlich in jenen Gegenden, wo sie so große Mißerfolge hatten, gehörig geärgert haben. Wenn aber der Mensch ärgerlich ist, so verliert er seine Ruhe, die kühle Ueberlegung, und dann thut er leichter als sonst Dinge, die sich nicht gehören. Es ist ferner immer so in der Welt gewesen, daß vielfache Mißerfolge auf internationalem Gebiet eine gewisse Spionenriecherei erzeugen (Sehr richtig!), und in den vielfachen falschen Nachrichten, die gewiß auch die Engländer von ihren eigenen Spionen erhalten haben, liegt vielleicht der Grund zu den Beschlagnahmen unserer Schiffe. Ich hätte allerdings geglaubt, es wäre richtiger gewesen und dem sonstigen kühlen Temperament der Engländer mehr entsprechend, wenn sie, anstatt auf solche Spionennachrichten zu hören, sich vielmehr vergewissert hätten, ob und wie diejenigen, welche sie mit Krieg überziehen wollten, gerüstet waren. (Sehr richtig!) Nach dieser Richtung scheinen sie sehr schlecht orientirt gewesen zu sein. Die englische Regierung hat wissen müssen, daß die Boeren so reichlich mit Waffen und Munition versehen sind, daß sie keine Ursache haben, erhebliche neue Zufuhren zu erlangen. (Sehr richtig!) Es ist mir versichert worden von Leuten, von denen ich annehmen kann, daß sie es wissen müssen, daß die Boeren-Regierung heute viel mehr Patronen zur Verfügung hat, als im ganzen deutsch-französischen Kriege verschossen wurden. (Hört! hört!) Also nach dieser Richtung hin könnten die Engländer mit der Beschlagnahme der deutschen Schiffe nichts erreichen! Weiter habe ich den Eindruck gewonnen aus den lange hingezogenen Verhandlungen der englischen Regierung in London, daß der Centralregierung in London die Zügel etwas abhanden gekommen waren, gegenüber ihrer Marine und Kolonialbehörden, denn sonst könnte ich nicht begreifen, warum die Regierung nicht schleunigst eingeschritten und die Schiffe wieder freigegeben hat. Sie hätte sich erhebliche Kosten dadurch ersparen können, und sie hat durch die Verzögerung für sich selbst keinen Vortheil erreicht. Es bleibt nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß der englischen Regierung wiederum falsche Nachrichten zugegangen waren. Der deutschen Linie feindliche Geschäftsleute haben anscheinend ihrerseits geglaubt, ein gutes Geschäft machen zu können, wenn die Geschäfte der deutschen Linie gestört würden (Hört, hört!). Das wirft von Neuem ein recht blamables Licht auf die englische Regierung, wenn es sich herausstellt, daß es so wäre, daß ein großer Aerger in den Kreisen der Schifffahrt treibenden Engländer besteht, geht hervor aus einem Brief einer „Kolonialztg.", der gestern früh in den Hamburger Nachrichten veröffentlicht ist und in deutscher Uebersetzung so lautet: „Herr R. hat, wie andere englische Schiffseigenthümer, reichliche Scherereien mit der Regierung wegen Verschiffung von Ladungen nach der Delagoabai. Er sagt: „Wir thun entweder Recht oder Unrecht. Wenn es Unrecht ist, will ich es nicht thun, wenn es aber Recht ist, so kann ich nicht einsehen, warum Ladungen, die sonst englische Schiffe führten, auf deutsche übergehen sollen. (Hört! hört!) Aber sie kommen doch auf deutschen Schiffen nach der Delagoabai, trotz allem, was die Regierung thut." Da haben Sie in diesem Briefe zugleich den Ausdruck des Neides und der Resignation.

Ich habe schon gesagt, daß alle Erklärungen, die gegeben sind, wohl Erklärungen sind, aber es sind unter keinen Umständen Entschuldigungen für das, was geschehen ist. Die Rüstungen der Boeren sind in der That in hohem Grade bewundernswerth, und ich halte mich für verpflichtet, hier offen das auszusprechen, was man heute über den Präsidenten Krüger denkt. Dieser große und energische Mann ist schweren Verleumdungen ausgesetzt gewesen, man hat ihn der Korruption bezichtigt, man hat ihm direkt nachgesagt, er hätte sich bestechen lassen. Jetzt nimmt man aber, hoffentlich mit Recht, an, daß dieser Mann alle jene schweren Verleumdungen auf sich genommen hat und daß er das Geld, das man ihm als Bestechung anrechnete, zu Rüstungen für sein Land mit benutzt hat. (Bravo!) Wir wollen annehmen, daß dem so ist. Daß wir Deutsche als einzelne Individuen von Anfang an Partei ergriffen und sehr lebhaft unsere Sympathien dem Schwachen bezeugt haben, ist ja natürlich, und das ist auch in der Etatsdebatte von allen Rednern zum Ausdruck gebracht worden. Der Abg. Richter hat sogar gesagt, er nehme an, daß die Gebildeten der ganzen Welt so denken. (Sehr richtig!) Mein Freund Dr. Sattler hat damals schon gesagt, in der Politik dürfe man sich nicht von Gefühlen drängen lassen, da habe lediglich der nüchterne Verstand zu reden. Damit hat er schon die strengste Neutralität empfohlen, und die Neutralität der Regierung geht sogar so weit, daß Zeitungsnotizen zufolge deutschen Waffenfabriken ein Verbot zugegangen sein soll, weitere Waffen zu liefern. Also sowohl die deutsche Regierung als auch die deutsche Ostafrikalinie haben die allerstrikteste Neutralität eingehalten. Deshalb können wir mit Fug und Recht verlangen, daß auch uns gegenüber Loyalität geübt wird, und ich bin überzeugt, daß die große Zahl der englischen Nation anders denkt als die Organe der Regierung. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Engländer sind ehrenwerthe Menschen, ich habe keine Ursache, sie als Menschen anzugreifen. (Sehr wahr!) Wohl aber greife ich die Organe der englischen Regierung an, die so sehr gefehlt haben, und ich verlange Genugthuung. Ich bin überzeugt, daß dabei die ganze deutsche Nation hinter mir steht, und sollten wirklich einige Querköpfe anders denken — sie können keinen Eindruck machen. Hier ist 'mal eine Gelegenheit, die nicht häufig bei uns vorkommt, wo wir alle einig sind. (Zustimmung). Das möchte ich hier offen konstatiren.

Zum Schluß lassen Sie mich noch einige kurze persönliche Reminiscenzen anknüpfen, nicht an diese Thatsache, sondern an das, was unter ähnlichen verwandten Umständen in England vorgekommen ist. Ich bin zur Zeit des Sezessionskrieges in England anwesend gewesen, ich selbst habe die Stimmung mit erlebt. Man macht uns in England zum Vorwurf, unsere Sympathieen gegenüber dem Schwachen. In noch viel höherem Maße haben damals die Engländer die Sympathien gehabt für die Sklavenhalterpartei gegenüber den Nordstaaten. Und die Sympathien wurden nicht gezügelt, wie bei uns, durch strenge Neutralität, sondern sie arteten aus in strikte Parteinahme. Die Engländer haben damals voll geduldet, daß Kaperschiffe auf englischen Werften ausgerüstet wurden, um die nordamerikanische Handelsflotte zu zerstören. Ich erinnere nur an einen Namen, der Allen bekannt sein wird, die „Alabama", die Hunderte von Schiffen zerstört hat, bis sie ihrerseits von der amerikanischen Marine zerstört wurde. Auch Blockadebruch wurde offen vollführt. Offen wurde darüber gesprochen, wie die Schiffe hinausgingen direkt nach den Küsten der konföderirten Staaten; aber nebenher wurde auch noch ein schwungvoller Handel betrieben mit Waffen und allem Möglichen nach den benachbarten mexikanischen Häfen. Bei jener Gelegenheit haben die Engländer ihre Rechte, als Neutrale Handel treiben zu können, in der schärfsten Weise präzisirt. Aus jener Zeit stammt das Handbuch für die englische Marine. Heute liegen die Verhältnisse etwas anders. Aber damals, als es in ihrem Vortheil lag, das Seerecht so auszulegen, haben sie es gethan, in der Weise, wie es heute noch als Vorschrift für die englische Marine giltig ist. Aus diesen Vorschriften kann ich noch nachholen, daß ausdrücklich die englische Regierung die Seeoffiziere, die sich gegen diese Bestimmungen des Handbuchs vergehen, für schuldig erklärt, den Schaden zu ersetzen. Uns geht natürlich die Schadensersatzpflicht der englischen Offiziere nichts an, wir werden den Schadenersatz von der englischen Regierung verlangen. (Sehr richtig!)

Nun noch ein kurzes Wort, das für die Engländer bestimmt ist. Die Engländer haben damals, als sie sich gegen die Nordstaaten meines Erachtens so schwer vergingen, durch mangelnde persönliche Neutralität die Abneigung der nordamerikanischen Union sich für mehrere Jahrzehnte zugezogen. Mögen sie sich hüten, daß sie sich nicht auch den Haß aller Nationen, die von ihnen jetzt getroffen werden, für die Zukunft zuziehen. (Lebh. allseitiger Beifall).

Staatssekretär **v. Bülow:** Der Herr Antragsteller hat im Eingang seiner Begründung mit Recht die Verstimmung hervorgehoben, welche die Beschlagnahme deutscher Dampfer durch englische Kriegsschiffe in ganz Deutschland hervorgerufen hat. Schon im Hinblick auf die berechtigte Erregung der deutschen öffentlichen Meinung habe ich mich gern bereit erklärt, die soeben begründete Interpellation zu beantworten. Auf der andern Seite werden Sie es verstehen, wenn ich mit Rücksicht auf die Tragweite und den großen Ernst dieser Angelegenheit, wie mit Rücksicht auf den Ernst der gesammten politischen Lage meine Ausführungen auf das Sachliche und auf das Nothwendige beschränke. Der Sachverhalt ist in allem Thatsächlichen von dem Herrn Interpellanten in so zutreffender Weise wiedergegeben worden, daß ich seinen bezüglichen Darlegungen kaum etwas hinzuzufügen habe. Bevor ich mich zu unserer Haltung gegenüber diesem englischen Vorgehen wende, möchte ich über die völkerrechtliche Seite der Angelegenheit Folgendes sagen:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ich bin mit großem Interesse der sachkundigen Auseinandersetzung des Herrn Interpellanten gefolgt. Er hat aber selbst hervorgehoben, daß es feststehende und für alle Seemächte bindende Rechtssätze über die Befugnisse der neutralen Handeltreibenden gegenüber den kriegführenden Ländern und über die Befugnisse der Kriegführenden gegenüber diesem neutralen Handel noch nicht giebt. Es ist ja wiederholt vorgeschlagen worden, auf dem Wege internationaler Vereinbarungen die strittigen Punkte des internationalen Seekriegsrechts zu regeln. Bis jetzt ist diese Regelung eben immer noch gescheitert an den Schwierigkeiten, die sich aus divergirenden Ansichten der verschiedenen Mächte ergaben. Noch auf der Haager Friedenskonferenz ist der Versuch gemacht worden, diese Frage in das Bereich der Berathungen zu ziehen. Das Ergebniß war aber schließlich doch nur, daß die Haager Friedenskonferenz den Wunsch ausdrückte, es möchte auf dem Wege weiterer internationaler Konferenzen versucht werden, einerseits die Rechte und Pflichten der Neutralen, andererseits die Fragen des Privateigenthums zur See zu regeln. Das deutsche Reich würde seine Zustimmung und Unterstützung nicht versagen, wenn unter Mitwirkung anderer Mächte sich die Aussicht böte, auf dem Wege einer internationalen Vereinbarung einer internationalen Regelung der strittigen Punkte des Seerechts näher treten zu können, als das bisher der Fall gewesen ist. Vorläufig aber hat der Herr Antragsteller nur zu recht, wenn er eben sagt, daß das Seerecht noch sehr flüssig ist. Das Seerecht ist noch sehr dehnbar, es besitzt noch zahlreiche Lücken, die, wie die Verhältnisse heute liegen, im kritischen Augenblick nur durch die Macht ausgefüllt zu werden pflegen. Mit einem Worte, auf dem Gebiete des Seerechts ist der Machtstandpunkt noch lange nicht überwunden worden durch den Rechtsstandpunkt. Als faktisch geltendes Recht, dessen Bruch nach unserer Auffassung eine Verletzung internationaler Verträge und völkerrechtlicher Gebräuche darstellen würde, möchte ich im Einverständniß mit den anderen diesseits betheiligten Ressorts die nachstehenden Sätze aufführen:

1) Neutrale Handelsschiffe auf hoher See oder in den territorialen Gewässern der Kriegführenden unterliegen, von dem in dem vorliegenden Fall nicht in Betracht kommenden Convoi-Recht abgesehen, dem Visitationsrecht der Kriegsschiffe der kriegführenden Theile. Dies gilt zweifellos für die vom Kriegsschauplatz nicht zu weit entfernten Gewässer. Für Postdampfer besteht noch keine besondere Vereinbarung.

2) Das Visitationsrecht ist möglichst schonend und ohne unnöthige Belästigung auszuüben. Das Verfahren bei der Visitation zerfällt je nach den Umständen des einzelnen Falles in zwei oder drei Akte: Anhalten des Schiffes, Prüfung der Papiere, Durchsuchung des Schiffes. Die beiden ersten Handlungen können jederzeit ohne Weiteres vorgenommen werden. Besteht dann noch ein Verdacht, so ist die Durchsuchung des Schiffes zulässig.

3) Hat sich bei der Anhaltung das neutrale Schiff widersetzt, oder ergiebt die Prüfung der Papiere Unregelmäßigkeiten, oder stellt sich das Vorhandensein von Kontrebande heraus, so kann das Schiff des Kriegführenden das neutrale Schiff aufbringen, damit die Sache vom zuständigen Prisengericht geprüft und entschieden werde.

4) Begriffsmäßig werden unter Kriegskontrebande nur für den Krieg geeignete und zugleich für einen der Kriegspartner bestimmte Waaren oder Personen zu verstehen sein. Welche Arten von Waaren hiernach unter den Begriff fallen können ist streitig und wird, abgesehen etwa von Kriegswaffen und Kriegsmunition, sich in der Regel nur unter Berücksichtigung aller Umstände des einzelnen Falles entscheiden lassen, es sei denn, daß die kriegführende Macht ausdrücklich die Gegenstände, die sie als Kontrebande zu behandeln beabsichtigt, den Neutralen in der üblichen Form bekannt gegeben und von diesen keinen Widerspruch erfahren hat.

5) Die vorgefundene Kontrebande unterliegt der Wegnahme — ob mit oder ohne Werthsersatz, hängt von der Lage des einzelnen Falles ab.

6) War die Aufbringung nicht gerechtfertigt, so ist der kriegführende Staat zur unverzüglichen Freigabe von Schiff und Ladung und zur vollständigen Schadenersatzleistung verpflichtet.

Hiernach ließe sich gegen die auf hoher See erfolgte Anhaltung der drei Dampfer der Deutschen Ostafrika-Linie und gegen die Prüfung ihrer Papiere ein Einwand aus der jetzigen Lage des praktischen Völkerrechts nicht begründen. (Hört! hört!) Dagegen läßt dasselbe die thatsächlich ohne ausreichend begründeten Verdacht stattgehabte Verbringung des „Bundesrath" und des „Herzog" nach Durban und das Löschen der Ladung von „Bundesrath" und „General" als nicht gerechtfertigt erscheinen. (Hört! hört!) Ich kann bei dieser Gelegenheit noch erwähnen, daß wir anfangs bestrebt waren, die englische Regierung zu veranlassen, betreffs der Behandlung der für die Delagoabai bestimmten neutralen Schiffe derjenigen Völkerrechtstheorie eo ipso beizutreten, welche dem Handel der neutralen, am gegenwärtigen Kriege nicht Betheiligten, die größte Sicherheit Gewähr leistet. Diese Theorie, die in dem Satze gipfelt, daß für die mit dem neutralen Schiffe verfrachteten und nach einem neutralen Hafen konsignirten Waaren der Begriff der Kriegs-Kontrebande überhaupt nicht Platz greifen kann, wurde von der englischen Regierung beanstandet. Wir haben uns die Erörterung darüber für die Zukunft offen gehalten, einerseits, weil es uns darauf ankommen muß, möglichst schnell zu einer praktischen Lösung der vorliegenden Differenzpunkte zu gelangen, und sodann, weil thatsächlich der aufgestellte Satz in der Praxis bisher nicht die allgemeine Anerkennung gefunden hat.

Den Standpunkt, meine Herren, den wir auf Grund dieser generellen Rechtsauffassung, von der wir annehmen, daß sie sich decke mit der allgemeinen Auffassung der civilisirten Welt, gegenüber der Beschlagnahme unserer Schiffe eingenommen haben, möchte ich dahin zusammenfassen: Wir erkennen die Rechte an, welche das Völkerrecht den kriegführenden Parteien gegenüber den neutralen Schiffen, dem neutralen Handel, dem neutralen Verkehr wirklich einräumt. Wir verkennen nicht die Pflicht, welche der Kriegszustand dem neutralen Rheder, dem neutralen Kaufmann und dem neutralen Schiffer auferlegt, aber wir verlangen, daß die Kriegführenden ihre diesbezügliche Befugniß nicht über die Grenze der absoluten Nothwendigkeit ausdehnen. Wir verlangen, daß die Kriegführenden die unveräußerlichen Rechte des legitimen Handels der Neutralen achten (Sehr gut!), und wir fordern vor Allem, daß die kriegführenden Parteien ihr Recht zur Untersuchung und event. Beschlagnahme des neutralen Schiffes und der neutralen Waare in einer Weise ausüben, welche der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung des neutralen Handels und normaler Beziehungen zwischen befreundeten und gesitteten Völkern entspricht. (Lebhafter Beifall). Von dieser Auffassung ausgehend haben wir in London sofort ernste Verwahrung eingelegt gegen das Vorgehen der englischen Seebehörden. (Beifall). Wir verlangten in erster Linie unverzügliche Freigabe der Reichspostdampfer „Bundesrath", „General" und „Herzog". Die Reichspostdampfer „General" und „Herzog" sind auf unsere Forderung alsbald freigegeben worden. Die Freigabe des „Bundesrath" ist gestern erfolgt. Zweitens forderten wir Schadenersatz für die zu Unrecht erfolgte Festhaltung unseres Schiffes und die dadurch den betheiligten Reichsangehörigen entstehenden Verluste. Die Schadenersatzpflicht ist von England im Prinzip anerkannt worden, und die britische Regierung hat sich bereit erklärt, jede legitime Genugthuung zu geben. Drittens wiesen wir auf das Bedürfniß hin, an die englischen Schiffskommandanten die Weisung zu erlassen, alle deutschen Handelsschiffe außerhalb der Nähe des Kriegsschauplatzes, jedenfalls aber von Aden ab nordwärts, nicht zu behelligen. (Beifall). Die englische Regierung hat darauf Instruktionen erlassen, denen zufolge die Anhaltung und Durchsuchung von Schiffen in Zukunft weder in Aden noch in gleichen oder weiteren Entfernungen vom Kriegsschauplatz stattfinden darf. Viertens: Wir haben es als in hohem Grade wünschenswerth bezeichnet, daß die englische Regierung die englischen Schiffskommandanten anweise, Dampfer, die mit der deutschen Postflagge fahren, nicht anzuhalten. Die englische Regierung hat hierauf Instruktionen erlassen, denen zufolge deutsche Postdampfer nicht auf bloßen Verdacht hin angehalten und durchsucht werden sollen. Diese Instruktion verbleibt in Kraft, bis etwa zwischen beiden Regierungen ein anderes gütliches Arrangement getroffen wird. Fünftens haben wir in London die Unterwerfung aller nicht anderweitig erledigten strittigen Fragen unter ein schleunig einzuberufendes Schiedsgericht vorgeschlagen. Die englische Regierung hat die Hoffnung ausgesprochen, daß es der Einsetzung eines Schiedsgerichts nicht bedürfen werde, sich aber gegebenen Falles mit der Einsetzung eines solchen zur Behandlung von Schadensersatzansprüchen einverstanden erklärt. Endlich hat die englische Regierung ihrem Bedauern über das Vorgefallene Ausdruck gegeben. (Hört! hört! Beifall.)

Meine Herren, wir geben uns der Erwartung hin, daß sich derartige bedauerliche Zwischenfälle nicht wiederholen werden. Wir hoffen, daß die englischen Seebehörden nicht wieder ohne ausreichenden Grund in übereilter und unfreundlicher Weise gegen unsere Schiffe vorgehen werden. (Sehr gut!) Schon die Rectitüt und Loyalität der deutschen Rhedereien, die sich auch bei diesem Anlaß wieder bei der deutschen Ostafrika-Linie bewährt hat, sollte das verhindern (Sehr gut!) und die Rücksicht, welche man sich unter befreundeten Staaten schuldet, sollte es erst recht verhindern. (Zustimmung und Beifall.) Gerade weil wir aufrichtig bestrebt sind, gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und England aufrechtzuerhalten, wünschen wir, daß nicht Vorkommnisse eintreten, welche in hohem Grade geeignet sind, die Aufrechterhaltung solcher Beziehungen zu erschweren, die nur möglich ist auf der Basis voller Parität und gegenseitiger Rücksichtnahme. (Zustimmung und Beifall.) Das deutsche Reich, welches seit 30 Jahren, seit seinem Bestehen es so oft schon bewiesen hat, wie fern ihm alle aggressiven Tendenzen liegen, hat ein Anrecht darauf, von allen anderen Staaten in rücksichtsvollster Weise behandelt zu werden. (Lebhafter Beifall.) Die dankenswerthe Thatsache, daß der Antrag des Herrn Abg. Möller unterstützt worden ist von der sehr großen Mehrheit dieses hohen Hauses, beweist aufs Neue, daß, wo es sich um die Wahrung des Rechtsstandpunktes und um die Wahrung nationaler Rechtstitel handelt zwischen diesem Hause und den verbündeten Regierungen jene Uebereinstimmung besteht, die die sicherste Stütze unserer auswärtigen Politik ist. (Lebhafter Beifall).

Bei Beginn der Rede des Staatssekretärs Graf Bülow hatte Reichskanzler Fürst Hohenlohe den Saal betreten.

Staatssekretär **v. Podbielski:** Auf die Anfrage bezüglich des Postverkehrs habe ich folgende Auskunft zu geben:

Bereits am 16. Oktober theilte das englische Generalpostamt uns mit, daß die Postverbindungen zwischen Kapstadt und Pretoria eingestellt seien. In Folge dessen wurde von mir am 18. Oktober unsere Bahnpost angewiesen, keinerlei Posten über Southampton nach Kapstadt für Transvaal anzunehmen, die gesammte Post solle vielmehr durch unsere deutsche Ostafrikalinie nach Delagoabai befördert bezw. solle die Bahnpost französischer Schiffe auf der Linie Köln-Verviers benutzt werden. Unter dem 25. Oktober ging eine Anfrage ein, ob die deutsche Reichspostverwaltung ihre Zustimmung ertheile, daß der deutsche Generalkonsul in Kapstadt die für Transvaal eingegangene Post eröffne, um diejenigen Briefschaften, die für zur Zeit in Kapstadt sich aufhaltende Flüchtlinge aus Transvaal bestimmt sind, ihnen zuzuführen. Die deutsche Reichspostverwaltung hat zur Oeffnung der Säcke durch den deutschen Generalkonsul ihre Genehmigung ertheilt und gleichzeitig diese Ermächtigung ausgedehnt darauf, diejenigen Briefschaften daraus zu entnehmen, die seitens des Auswärtigen Amts für die deutschen Konsulate in Transvaal bestimmt wären. Wir haben von dieser Post leider nur die eine Nachricht noch erhalten, daß die übrige Post am 3. Januar von Kapstadt zurückbefördert worden ist. Es wird noch aufzuklären sein, welche Gründe vorgelegen haben, daß diese Post zwei Monate in Kapstadt gelegen hat, ehe die englische Postverwaltung sie zurückgesandt hat. (Hört! hört!) Aus Kapstadt mußten die Posten zurückgesandt werden, die am 19. und 26. Oktober sowie am 2. November dort fällig waren. Die Post des in Aden beschlagnahmten „General" ist nach einer Meldung vollständig unberührt geblieben. Die Post vom „Bundesrath" ist durch das deutsche Kriegsschiff „Condor" nach Delagoabai gebracht worden. Nach den Vereinbarungen des Weltpostvereins ist der Transit frei und irgendeine Beschlagnahme deutscher Briefpost ist daher nicht zulässig, weil der Begriff der Kriegskontrebande auf diese unzweifelhaft nicht anwendbar ist. Weiteres ist nicht vorgekommen. Aber ich kann erklären, daß die eigenmächtige Eröffnung deutscher Briefbeutel oder der darin enthaltenen Briefe von fremder Seite entschieden nicht mit den getroffenen Vereinbarungen des Weltpostvereins übereinstimmt, und daß wir hoffen, daß auch hier nach jeder Richtung Ordnung wieder eintritt, daß Beschwerden, die von verschiedenen Seiten der Post über unrichtige Beförderung, unter der zweifellos der deutsche Handel sehr gelitten hat, zugegangen sind, in Zukunft nicht mehr stattfinden werden. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung beantragt

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.) die Besprechung der Interpellation.

Dieser Antrag wird nur unterstützt durch die Antisemiten, die Mitglieder des Bundes der Landwirthe und die Abgg. **Lehr** (nl.) und **Hasse** (nl.). Insgesammt stimmen nicht die nach der Geschäftsordnung erforderlichen 50 Mitgliedern für die Besprechung, es findet daher keine Besprechung der Interpellation statt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Etats des Reichskanzlers.

Dieselbe beginnt mit dem Titel „Reichskanzler".

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Ich hatte bei der ersten Etatsberathung die Politik des Reichskanzlers bemängelt, da sie zu konnivent sei gegen das Großkapital auf der einen und gegen die Sozialdemokratie auf der anderen Seite. Mir wurde erwidert, diese Behauptung und meine Feindschaft gegen das Großkapital beruhe wohl darauf, daß ich die Rolle nicht kenne, die das Großkapital im Wirthschaftsleben spielt. Zu einer Zeit, wo der Herr Reichskanzler noch Botschafter in Paris war, und zwanzig Jahre bevor Graf Posadowsky auf der Bildfläche erschien, habe ich bereits den Centralverband deutscher Industrieller begründet und gegen Männer wie Ludwig Bamberger den Kampf aufgenommen. Die Herren sind mir gewiß in vielen Dingen überlegen, aber in wirthschaftlichen Fragen können sie mich nichts lehren. (Gelächter.) Ein Theil des Großkapitals kann dauernd nicht prosperiren ohne die Blüthe nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirthschaft. Die Regierung sagt, das Börsengesetz sei ein Beweis, daß sie das Großkapital nicht begünstige. Ach, meine Herren (zum Bundesrathstische), Sie wollen doch nicht behaupten, daß Sie es sind, die das Börsengesetz gemacht haben. (Lachen.) Die Enquete, zu der wir gedrängt haben, hat so wuchtiges Material geliefert, daß die Regierung gar nicht anders konnte, sie mußte jenes Gesetz einbringen. Daß meine Behauptung begründet ist, beweist doch, daß gerade ein agrarfeindliches und freihändlerisches Blatt, das „Berl. Tageblatt" für die Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers schwärmt. Aus dem „Tausch"-Prozeß ging ja hervor, daß dies Blatt Beziehungen zu hohen Behörden hat. Wenn ich mich über die Absichten der Regierung informiren will, lese ich stets mit Erfolg das „Berl. Tageblatt".

Nun zur Sozialdemokratie, vor der Graf Posadowsky kapitulirt hat! Die Herren Regierungsvertreter sind mir in Einem gewiß über, in der Anpassung an einen plötzlichen Wechsel des Kurses. (Sehr wahr! rechts.) Dazu habe ich kein Talent. Der Graf Posadowsky bezeichnete das Verbindungsverbot als ein ausgepustetes Ei. Ja, wenn dem so ist, warum hat man denn in Preußen das Vereinsgesetz und hier das Arbeitswilligengesetz eingebracht? Es war ein schwerer Fehler, daß die Regierung dies Recht ohne Gegenleistung aufgab. Es war der Abg. Hausmann, der s. Zt. es als selbstverständlich bezeichnete, daß die Regierung für die Aufhebung des Verbots Kompensationen fordern würde. Die Politik des Fürsten Bismarck war eine andere, er war ein starker Mann, aber er ist nicht, wie Graf Posadowsky meint, der Sozialdemokratie an die Gurgel gesprungen. Nein er hat den Kampf auf andere Weise geführt. Die Sozialdemokratie ist eine Verschwörung, die über die größten Geldmittel verfügt, mit einer [illegible] uns ausübt auf die Arbeiter, die sich ihr anschließen müssen, wenn sie nicht ihr ganzes Leben lang bis aufs Blut drangsaliert werden wollen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich würde glauben, daß der neue Kurs gegen die Sozialdemokratie gepredigt wird mit Rücksicht auf die Flottenvorlage, wenn nicht ohne Rücksicht auf diese Vorlage zugleich wieder der Mittellandskanal gefordert würde.

In dem Augenblick, wo wir eine so große nationale Frage, wie die Vermehrung der Flotte, zu lösen haben, ist es nicht angebracht, eine Frage, die man so sehr aufgebauscht hat, die Frage des Kanals wieder anzuschneiden und die neue Vorlage in der Thronrede anzukündigen. Man hat gesagt, man solle die Kanalfrage in den Reichstag verlegen. Natürlich, eine Mehrheit dafür würde sich hier leichter finden als im Landtage. Der Eisenbahnminister hatte gesagt, er wolle den Beweis liefern, daß der Kanal genügend Wasser erhalte. Gewiß, man kann den Kanal auch mit Wasser versorgen, indem man Pumpwerke in der Nordsee anlegt. (Heiterkeit).

Wir erkennen die Verdienste des Reichskanzlers um die auswärtige Politik vollkommen an. Als er sein Amt übernahm, befand sich unsere auswärtige Politik nicht in den ruhigen Gleisen, in denen sie sich zu Zeiten des Fürsten Bismarck bewegt hatte. Es ist nicht möglich gewesen, sie ganz in die alten Gleise zurückzuführen. Aber wir erkennen an, daß sehr viel geschehen ist, um sie wieder in ruhige Bahnen zu lenken. Das verdanken wir der Erfahrung und Weisheit des Herrn Reichskanzlers. Die Bemängelungen, die wir gegen die Politik des Reichskanzlers haben, liegen auf dem Gebiete der Landwirthschaft. Gewiß kann der Reichskanzler sagen: Als ich mein Amt antrat, stand ich feierlich abgeschlossenen Verträgen gegenüber und war nicht in der Lage, der Landwirthschaft mit großen Mitteln zu helfen. Aber wenn ich mir denke, daß Fürst Bismarck sich in derselben Situation befunden hätte, so würde er es für die vornehmste Aufgabe eines Staatsmannes gehalten haben, trotz aller Schwierigkeit der Landwirthschaft zu helfen. Und ich glaube, er würde auch schon Mittel und Wege gefunden haben. Der Reichskanzler sagt: Wir bereiten ja jetzt den neuen Zolltarif vor! Gewiß, aber was soll in den Jahren bis zum Inkrafttreten dieses Tarifs geschehen? In den Jahren gehen wieder so und so viele bäuerliche Existenzen zu Grunde.

In der ersten Lesung des Etats sagte Graf Limburg-Stirum, der Reichskanzler habe ihm eine Enttäuschung bereitet. Einer der folgenden Redner meinte, Graf Limburg habe damit dem Reichskanzler den Krieg erklärt. Ich meinerseits bin den Ausführungen des Herrn Grafen Limburg-Stirum beigetreten, habe aber den Ausdruck „Kriegserklärung" zurückgewiesen. Wir haben nicht den Krieg erklärt, sondern der Reichskanzler hat im preußischen Abgeordnetenhause erklärt, wenn wir uns nicht fügten, so würden wir bei den Handelsverträgen sehr unbequeme Dinge erleben. Auf diese Drohung folgten dann sofort die Feindseligkeiten, in einer so gewaltthätigen Art, wie ich das in Preußen noch nicht erlebt habe. Alle Parteien haben im Abgeordnetenhause die Maßregelung der Landräthe verurtheilt. Keiner hat sich erhoben, um sie zu rechtfertigen. Nach allen diesen Vorgängen werden Sie es doch natürlich finden, daß eine Partei, die etwas auf sich hält, ihr persönliches Verhältniß zur Regierung einer Revision unterzieht. Wir werden uns dabei selbstverständlich in unseren Abstimmungen nicht beeinflussen lassen. Ich habe mich aber für verpflichtet gehalten, es auszusprechen, daß nach meiner Meinung die letzten Vorgänge die Autorität der Staatsregierung aufs Empfindlichste geschädigt haben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Reichskanzler Dr. Fürst **zu Hohenlohe-Schillingsfürst:** Meine Herren, ich hatte erwartet, daß der Herr Vorredner, wie er es schon früher angekündigt hatte, mich in seiner Rede angreifen, d. h. meine amtliche Thätigkeit einer Kritik unterziehen würde. Das hat er nun heute nicht oder nur in beschränktem Maße gethan; er hat dagegen meinen Herrn Stellvertreter zum Gegenstand seiner Angriffe gemacht. Trotzdem kann ich nicht umhin zu antworten, und zwar gleichzeitig auf die Angriffe, die von Seiten des Herrn von Kardorff wie des Herrn Grafen von Limburg-Stirum in der früheren Debatte gegen mich gerichtet worden sind. Ich habe dies damals unterlassen, weil ich glaubte, es wären die gegen mich gerichteten Angriffe von keiner besonderen Bedeutung. (Heiterkeit.) Das war nun ein Fehler. Denn einmal sind die Aeußerungen hervorragender Politiker immer von Bedeutung (Heiterkeit), und dann hatte dieses Stillschweigen den Nachtheil, daß es in der Presse zu einer Niederlage aufgebauscht wurde, die der Reichskanzler erlitten haben sollte.

Der Herr Abgeordnete von Kardorff hat damals verschiedene Angriffe gegen mich gerichtet, und ich habe mich darüber nicht gewundert, weil zwischen ihm und mir manche Punkte bestehen, in denen wir verschiedener Meinung sind. Ich erinnere nur an die Währungsfrage. (Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete von Kardorff ist Bimetallist; ich halte an der Goldwährung fest und bin der Meinung, daß das Aufgeben unserer bestehenden Währung zu Kalamitäten ersten Ranges in finanzieller Beziehung führen würde. (Sehr richtig! links.)

Ich bestreite dann, daß, was die Landwirthschaft anbetrifft, die Regierung nicht Alles gethan habe, was innerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt. Was geschehen kann, ist nach meiner Ueberzeugung geschehen. Freilich für den Kanitzschen Antrag habe ich mich damals so wenig wie die verbündeten Regierungen erwärmen können. (Heiterkeit.) Man hat auch meine Aeußerung über den Industriestaat, die eine einfache Konstatirung der Thatsachen war, in die Debatte gezogen und mich darüber angegriffen. Man hat das sogar weiter verbreitet, und in einer Versammlung, die im Hannöverschen stattgefunden hat, ist vor einigen Tagen eine ganz eigenthümliche Resolution angenommen worden. Es heißt da: „Und ganz besonders stimmen sie — die dortigen Mitglieder des Bundes der Landwirthe — ihrem Abgeordneten bei, wenn er es unbegreiflich findet, wenn die Abgeordneten, die auf das Programm des Bundes gewählt sind, ein Vertrauensvotum der national-liberalen Partei unterschreiben, welches demselben Reichskanzler Anerkennung ausspricht, der Deutschland, über die Landwirthschaft hinweggehend, zum Industriestaat machen will." Ich führe das an als charakteristisch, aber ohne die Absicht zu haben, darauf irgendwie weiter einzugehen.

Eigenthümlich berührten mich damals in der früheren Debatte die Vorwürfe des Herrn Abgeordneten von Kardorff oder des Grafen Limburg-Stirum, daß ich die Machtmittel des Staates preisgäbe. Ich bin ein ebenso entschiedener Gegner aller revolutionären Bestrebungen wie die beiden Herren; ich halte es aber nicht für zweckmäßig, wenn die konservative Partei oder einzelne ihrer Mitglieder solche Machtmittel in Form von Gesetzentwürfen zu Nutz und Frommen der sündigen Menschheit jahraus jahrein an die Wand malen, besonders wenn diese Entwürfe schließlich die Zustimmung des Reichstages nicht finden. Ich halte den Ausdruck, den ich neulich einmal gelesen habe, für einen sehr weisen, daß die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung sei. (Hört! hört!) Dagegen kann ich das Gegentheil der Weisheit in dem Satz der „Hamburger Nachrichten" finden, welche verlangen, daß die Regierung der Sozialdemokratie an die Gurgel springen solle, um sie zu erwürgen. — Das hat übrigens mein verehrter Herr Nachbar früher schon genügend zurückgewiesen.

Als eine Preisgebung der Machtmittel des Staates wird es auch angesehen, das wir das Verbindungsverbot aufgehoben haben, und zwar unmittelbar, nachdem das Arbeitswilligen-Gesetz in einer für die Staatsregierung peinlichen Weise zurückgewiesen worden war. Die Herren vergessen aber, daß für uns gar keine Wahl blieb. Ich hatte im Jahre 1896 im Namen der verbündeten Regierungen die Erklärung abgegeben, um das Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches nicht zu gefährden, daß das Verbindungsverbot vor dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches aufgehoben werden würde. Daß es nicht früher geschehen ist und daß es ohne Kompensationen geschehen ist, das ist nicht meine Schuld. Nun stand der 1. Januar vor der Thür, der preußische Landtag war nicht versammelt, es blieb uns also gar

nichts anderes übrig, als den Weg der Reichsgesetzgebung sofort zu beschreiten.

Das sind ungefähr die Punkte aus den letzten Debatten, die ich zu berühren hatte.

Abg. Rickert (fr. Vg.): Der Abg. v. Kardorff hat hier über preußische Fragen gesprochen, die eigentlich gar nicht hierhin gehören. Zwar hat er die auswärtige Politik des Reichskanzlers gelobt. Aber in den Kreisen des Bundes der Landwirthe geht man mit Resolutionen hausiren, die die auswärtige Politik des Reichskanzlers mißbilligen. Wie hat man nicht den Grafen Bülow angegriffen in der Samoasache! Und wie ehrenvoll ist diese Sache erledigt worden. Es ist ein schweres Unrecht, immer so gegen die auswärtige Politik der Regierung zu hetzen. Herr v. Kardorff hat auch über das Börsengesetz gesprochen. Dies Gesetz wird unheilvoll sein auch für die Landwirthschaft. Der Reichskanzler ist auch wegen der Aufhebung des Verbindungsverbots angegriffen worden. Es ist ein Jammer, daß der erste Staatsmann des Reichs sich wiederholt vertheidigen muß, weil er ein feierlich gegebenes Versprechen eingelöst hat. (Lebhafte Zustimmung.) Den Kampf gegen die Sozialdemokratie führt die Regierung noch immer zu sehr mit Polizeimitteln. Nur auf dem Wege einer freiheitlichen, toleranten Politik kann die Sozialdemokratie bekämpft werden. Je mehr die Regierung Kompromisse mit den Agrariern abzuschließen sucht, um so anspruchsvoller werden die Agrarier. (Lachen rechts.) Niemand leugnet die Schwierigkeiten in der Landwirthschaft. Aber die übertriebenen Schilderungen der Agrarier entsprechen nicht der Wahrheit. (Lachen rechts.)

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky: Herr v. Kardorff hat das, was ich über die Landwirthschaft gesagt habe, dadurch zu diskreditiren geglaubt, daß er sagte, er habe 20 Jahre, bevor ich vor den Reichstag getreten sei, sich mit wirthschaftlichen Fragen beschäftigt. Nun, ich habe mich auch schon sehr viel früher mit wirthschaftlichen Fragen beschäftigt, wenn auch nicht in der Arena des Reichstags. Manchmal ist eine stille, dem Parteileben entrückte Beschäftigung mit schwierigen Fragen fruchtbringender als fortgesetzte parteipolitische Reden. (Sehr richtig!) Darüber, ob Jemand politisch die rechten Bahnen einschlägt, entscheidet nicht die parlamentarische Anciennität, sondern es fragt sich: Wer hat die besten Informationen, wer kann die gesammten Verhältnisse am besten übersehen, und wer zieht parteilos aus diesen Verhältnissen die richtigen Schlüsse? (Sehr richtig! links.) Herr v. Kardorff hat vor Kurzem gesagt, die Regierung mache Komplimente bald vor dem Großkapital und bald vor der Sozialdemokratie. Er hat heute in ganz demselben Sinne gesprochen. Ich bin der Erste, der es vollkommen anerkennt, welche großen Verdienste sich der Herr Abg. v. Kardorff in wirthschaftlichen Dingen um das Vaterland erworben hat. Aber wenn er hier vor dem Lande ein solches Urtheil ausspricht, so kann das keinen anderen Eindruck machen, als das, was der Herr Abgeordnete Singer hier kürzlich gesagt hat, nämlich, daß die Regierung der Kommis des Großkapitals und der Unternehmer wäre. Nach außen müssen diese Worte den vollkommen gleichen Eindruck machen. (Sehr richtig!) Und der Herr Abg. v. Kardorff muß mir verzeihen, wenn ich ihm sage: Das sind Schlagworte, aus Luft geprägt, das sind Münzen, geprägt mit dem Stempel der Parteipolitik und hinausgeworfen durch das offene Fenster des Reichstags in die blinde Menge, die Fürst Bismarck einmal mit Recht als den blinden Hödur bezeichnet hat. (Lebhafter Beifall links.) — Ich glaube, Herr v. Kardorff hätte besser heute nicht über das Börsengesetz gesprochen, in dem Moment, wo wir vor der glücklichen Lösung der Frage stehen, ob eine Einigung über die Differenzpunkte stattfindet. (Sehr richtig!) Ich habe für mich nicht das Verdienst der Schaffung des Börsengesetzes in Anspruch genommen. Denn mein Amtsvorgänger hat es entworfen, und ich fand es bereits vor. Aber wenn die Regierung ein Gesetz vorlegt, so haben in den Augen der Parteien die Mitglieder der Regierung, die es einbringt, das Verdienst, das Gesetz ausgearbeitet zu haben. Ich komme nun noch auf die Behauptung des Herrn von Kardorff zurück, das „Berliner Tageblatt" wäre ein offiziöses Blatt, und es schiene manches in der Wilhelmstraße vorzugehen, wovon der Stellvertreter des Reichskanzlers nichts wüßte. Der Abgeordnete von Kardorff hat durchaus recht, es geht sehr vieles vor, was der Stellvertreter des Reichskanzlers nicht weiß (Heiterkeit), daraus folgt aber noch lange nicht, daß das „Berliner Tageblatt ein offiziöses Blatt ist. (Sehr gut!) Das mag ja sein, daß hier und da auch auch einmal ein Reporter und Redakteur des „Berliner Tageblatts" empfangen wird, und daß er auch einmal Informationen bekommt, ich persönlich aber — das kann ich Herrn von Kardorff versichern — habe mit dem „Berliner Tageblatt" absolut keine Beziehungen. Es sind wenige Blätter in Deutschland gewesen, die mich so ungerecht und heftig angegriffen haben, und es wird daher vielleicht fast komisch wirken, daß ich hier als Vertheidiger des Berliner Tageblattes auftrete (Heiterkeit). Zwischen den gelegentlichen Informationen und einem offiziösen Blatt ist aber doch ein gewaltiger Unterschied (Sehr richtig!). Herr v. Kardorff hat auch geglaubt, wieder die Aufhebung des Verbindungsverbots bekämpfen zu müssen, und hat sich namentlich an meinen Ausspruch gestoßen, daß das Verbindungsverbot eigentlich schon ein ausgeblasenes Ei gewesen sei. Nun, Herr von Kardorff, haben Sie denn nicht die Aeußerungen Ihrer eigenen Parteifreunde gehört, die sich übereinstimmend ganz in demselben Sinne erklärt haben? (Widerspruch rechts.) Herr von Kröcher hat doch ausdrücklich eingeräumt, er müsse zugestehen, daß das Verbindungsverbot eine große praktische Bedeutung überhaupt nicht habe (hört, hört! links). Nun, da muß ich doch sagen — und das unterscheidet uns beide — ich bin der Ansicht, daß eine Regierung stets von sittlichen Gesichtspunkten ausgehen muß (Beifall links), und daß, wenn eine Regierung der Ansicht ist: ein Verbot, eine Repression ist nicht mehr am Platz, so darf sie eine solche aus taktischen Gründen nicht mehr aufrecht erhalten, sondern muß das thun, was ihr verständiger Weise nur übrig bleibt. Wenn Sie (rechts) die Aufhebung nicht wollten, dann mußten Sie es darthun, daß das Verbot noch in der That eine große Wirksamkeit habe. Das haben Sie aber nicht gethan, Sie haben gerade das Gegentheil gethan, Sie haben also den Grund bereits ausgespielt, den Sie noch zur Geltung bringen konnten. (Sehr richtig! links.)

Nun komme ich auf das Verhalten der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie und möchte bei dieser Gelegenheit einmal die Frage aufwerfen: Wie ist eigentlich die Sozialdemokratie entstanden? Sie ist entstanden durch die Konzentration der Massen auf einzelnen Punkten. Dadurch hat sich das Selbstbewußtsein und das Solidaritätsgefühl der Massen gehoben, und mit der wachsenden Volksbildung sind naturgemäß auch die Ansprüche der Massen an die Lebenshaltung gestiegen. Dieser Stimmung der Massen haben sich dann allerdings Agitatoren bemächtigt und die rein wirthschaftlichen Fragen zu politischen, die Bewegung zu einer Partei gestempelt. Das Unrecht dieser Agitatoren ist, daß sie vor den ihnen gläubig folgenden Massen den rothen Mantel ausbreiten und behaupten: Wir allein sind in der Lage, Euch gegen alles Ungemach im Leben zu schützen. Die sozialdemokratischen Bestrebungen würden aber nie die jetzige Bedeutung gewonnen haben, wenn nicht noch mehrere andere Faktoren hinzugekommen wären. Das ist zunächst die Thatsache, daß in dem heutigen Staate eine ungeheure Menge von Menschen von dem Staate abhängig ist, daß ihr Gedeihen von den Handlungen des Staates abhängt, und daß sie, wenn sie irgendwie wirthschaftlich oder in ihrer Carrière scheitern, den Staat dafür verantwortlich machen. Aus dieser eigenthümlichen Abhängigkeit großer Massen von dem heutigen modernen Staat erklärt es sich, daß Leute, die garnicht daran denken, im Innern die Grundprinzipien der Sozialdemokraten zu vertreten, ihr doch wohlwollend gegenüberstehen und sie bei den Wahlen unterstützen, weil sie ihrer Rankune gegen den bestehenden Staat Ausdruck geben wollen. Alle diese Unzufriedenen finden bei der Sozialdemokratie einen Schlupfwinkel. Die zweite hinzukommende Thatsache liegt darin, daß es eine Anzahl von Gelehrten giebt, die ein vollkommenes wirthschaftliches Mißverständniß davon haben, was der Staat und die Menschen leisten können und nun alle möglichen historischen und volkswirthschaftlichen Beweise versuchen: die Sozialdemokratie sei eine nothwendige Erscheinung, sie sei da, weil sie da sein müsse, ja sie sei förmlich das Heil für das deutsche Reich. — Daraus also hat sich die Macht der Sozialdemokratie entwickelt. Gegenüber dieser Bewegung, gegenüber dieser Partei von so großer Ausdehnung muß nun eine kluge Regierung zunächst selbst produktiv zu wirken suchen. Und das ist der Standpunkt der kaiserlichen Erlasse. Wir müssen dadurch, daß wir das Menschenmögliche thun, das Loos der arbeitenden Klassen zu heben, die irregeleitete Menge von ihren Führern trennen und ihr das Bewußtsein beibringen, daß nicht die Agitation ihr helfen kann, sondern nur die bestehende Staatsordnung und die bürgerlichen Parteien. — Nun kommt noch eine negative Frage hinzu, das ist die Frage der Repression. Ich habe nicht, wie Herr von Kardorff annimmt, erklärt, die Sozialdemokratie sei eine vollkommen gleichberechtigte Partei, wie die anderen, sondern ich habe nur erklärt: Wir können die Sozialdemokratie nur auf Grund der bestehenden Gesetze behandeln, und das ist doch ein erheblicher Unterschied. Ich habe ferner ausgeführt, daß, wenn die Regierung augenblicklich keine Möglichkeit sieht, den Ausschreitungen der Sozialdemokratie entgegen zu treten, sie klug thue, zu warten, bis die gesetzgebenden Körperschaften und die bürgerliche Gesellschaft besser informirt sind, bis sie einsehen, daß es unter Umständen nothwendig ist, Abwehrgesetze zu schaffen. Ein solches Abwehrgesetz gegen den Terrorismus vorwiegend der Sozialdemokratie war das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen, das ich auch heute noch sachlich für vollkommen berechtigt erachte. — Herr von Kardorff hat auch geglaubt, auf die Kanalvorlage eingehen zu sollen. Ich halte mich nicht dazu für verpflichtet, bei einem politischen Koulissenwechsel mitzuschieben. (Sehr gut! links.) Der Kanal ist eine preußische Angelegenheit, ebenso wie die Disziplinirung der einzelnen preußischen Landräthe. Der Reichstag ist daher nicht der Ort, diese Sachen zur Sprache zu bringen, um so weniger, als ja schon im Abgeordnetenhaus ausführlich über sie verhandelt worden ist. — Herr von Kardorff hat sich auch wieder darüber beschwert, daß wir nicht genügend für die Landwirthschaft gethan hätten. Nun, Herr von Kardorff, ich habe noch beim Fleischbeschaugesetz und bei einer Reihe von andern Gesetzen gezeigt, daß ich ein warmes Herz für die Landwirthschaft habe. Und das ist ja auch von der rechten Seite anerkannt worden. Aber etwas können die Herren nicht verlangen: die Handelsverträge bestehen, und wir müssen sie halten. Verträge brechen können wir nicht. (Beifall links.) Und irgend ein Universalmittel, der Landwirthschaft zu helfen, ist uns noch von keiner Seite genannt worden. Im Uebrigen sind wir eifrig bemüht, Maßregeln zu überlegen, die nothwendig sind, um die Landwirthschaft in ihrer schwierigen Lage zu schützen. Und es ist ja auch gestern noch von einem hervorragenden Vertreter der landwirthschaftlichen Interessen erklärt worden, daß ein Anfang in dieser Richtung gemacht worden sei. Es ist eigenthümlich, daß Herr v. Kardorff der Regierung solche Vorwürfe macht, ohne ein Mittel anzugeben, wie dem gegenwärtigen Zustande abzuhelfen sei. Ich wende mich nun zu den letzten Angriffen des Herrn v. Kröcher. Er konnte zunächst meinen Ausführungen zustimmen, daß man in einem konstitutionellen Staate Gesetze nur mit Majoritäten machen könne. Er hielt es aber für falsch, wenn ich erklärte, es könnten Verhältnisse vorliegen, die eine Regierung dazu nöthigten, einmal den Dingen freien Lauf zu lassen, bis die Mehrheit der Bevölkerung nach Auffassung der Regierung besser geworden sei und mehr Aussicht vorhanden sei, die Grundsätze gesetzlich festzulegen, die die Regierung für nothwendig halte. Nachdem Herr v. Kröcher aber das Zugeständniß gemacht hatte, daß man Gesetze nur mit Majoritäten machen könnte, wäre doch der in dem zweiten Satze enthaltene Angriff nur dann begründet gewesen, wenn er den Nachweis geführt, oder es wenigstens wahrscheinlich gemacht hätte, daß wir durch eine Auflösung einen Reichstag bekommen hätten, der das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen, das jetzt von der Mehrheit abgelehnt worden ist, annehmen würde. Wie will Herr von Kröcher diesen Beweis antreten? Nun werden Sie mir zugeben, eine Regierung soll nur dann einen Reichstag auflösen und an die besser unterrichteten Wähler appelliren, wenn sie einigermaßen die Aussicht hat, einen Reichstag zu bekommen, der ihr eine veränderte Mehrheit präsentirt (Sehr richtig!); wenn man diese Aussicht unter den gegebenen Verhältnissen nicht hat, so treibt man zum Konflikt, und daß Herr von Kröcher selbst an einen Konflikt gedacht hat, und zwar an einen Konflikt unter den denkbar ungünstigsten Aussichten, ergiebt sich daraus, daß er das Wort des Fürsten Bismarck citirte: Ich kann mir denken, daß unter Umständen der Tod auf dem Schaffot der ehrenvollste Tod für einen Minister ist. In einem Lande, wo die allgemeine Wehrpflicht besteht, muß mancher sein Leben dem Vaterlande opfern, aber der damalige Konflikt ist friedlich gelöst worden durch ein außerordentlich glückliches Zusammentreffen großer geschichtlicher Ereignisse. In einem Bundesstaat ist aber ein Konflikt noch eine ganz andere Sache, wie in einem Einzelstaat, (Sehr wahr! links). Das sollte sich jeder überlegen, der sich mit solchen Gedanken trägt. (Lebhafte Zustimmung links). Und will auf den verfassungsmäßigen Unterschied zwischen einem Konflikt im Einzelstaat und in einem Bundesstaat nicht eingehen. Was folgt nun daraus, wenn wir wegen der Ablehnung der Arbeitswilligen-Vorlage an die Wähler appelliren und damit die Gefahr eines Konfliktes heraufbeschworen hätten, wenn wir nicht die Sicherheit gehabt hätten, selbst bei wiederholten Wahlen einen Reichstag zu bekommen, dessen Mehrheit dem Gesetze zugestimmt hätte? Wir wären dann Wege gegangen, deren Ende ich nicht abzusehen vermag. (Sehr richtig! links.) Ich wundere mich, daß Herr v. Kröcher diese Ausführungen gemacht hat, nachdem Herr v. Kardorff noch am 1. Dezember betont hatte: „Wenn ich meine persönliche Stellung zum Arbeitswilligen-Gesetz noch einmal feststellen soll, so halte ich dies Gesetz für sehr schwächlich und habe keinen Ton dazu gesprochen. Mit solchen halben Maßregeln kann man der Sozialdemokratie nicht beikommen." (Hört, hört!) Ich konstatire, die Behauptung des Herrn von Kardorff ist richtig; er hat sich an den Verhandlungen über die Arbeitswilligenvorlage nicht betheiligt. (Heiterkeit.) Auf denselben Standpunkt hat sich auch die „Kreuzzeitung" gestellt. Sie sagt in ihrer Nummer vom 11. Januar: Neue Versuche, dem Umsturz auf gesetzlichem Wege zu Leibe zu gehen, sind nach den jüngsten Erfahrungen nicht zu erwarten, und wir selbst können dazu nicht rathen, da sie nach Lage der Dinge nur zu abermaligen Mißerfolgen führen würden. (Hört! hört! links.) — Ich möchte nun auch noch ein Wort des Fürsten Bismarck citiren. Er sagte einmal: „Die Politik ist die Kunst des Möglichen." Ich konstatire: Die Kunst der Herren von Kröcher und von Kardorff ist die Politik des Unmöglichen. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.): Da man mir bei der Interpellation das Wort abgeschnitten hat, so will ich jetzt erklären, daß die Ausführungen des Staatssekretärs das deutsche Volk in keiner Weise befriedigt haben. Das deutsche Volk will nicht mit aller Gewalt gute Beziehungen zu England pflegen, denn der Liebe Müh' ist doch umsonst. Rußland geht ganz anders gegen England vor. Aber hier hat man sogar davor gewarnt, von dem perfiden Albion zu sprechen. Eigentlich mit Recht, man sollte das Wort ins Deutsche übersetzen und nur von dem frechen und hinterlistigen England sprechen. Der Herr Reichskanzler braucht keine Besorgnisse zu hegen wegen der scharfen Worte, die hier gegen England gesprochen werden, ich für meine Person wenigstens entlaste hiermit feierlich den Reichskanzler von jeder Verantwortung. Ganz Deutschland ist über England empört, selbst freisinnige Zeitungen haben dem Ausdruck gegeben. Nur der „Vorwärts" schrieb, daß England keine böswillige Absicht gehabt habe. England hat nicht nur die Unverschämtheit gehabt, deutsche Postsäcke zurückzubehalten und zu öffnen, und nun kommen noch die Beschlagnahmungen der Schiffe. Der deutsche Kaiser befindet sich wieder in vollständiger Uebereinstimmung mit seinem Volke, als er in seinem Telegramm an den König von Würtemberg von der Antastung der deutschen Ehre sprach. Mir ist ein Brief von dem Dampfer „Herzog" zugegangen, in dem es heißt: Wir haben auf dem Schiff fünf englische Spione, wir können es ihnen nur noch nicht beweisen. Auf einem anderen Schiff hat man zwei entdeckt und so verhauen, daß sie ins Lazareth mußten. (Große Heiterkeit.) Wir befinden uns mit den Südsee-Insulanern im Kriegszustand. Wie wäre es, wenn wir englische Schiffe untersuchten, ob sie nicht als Kriegskontrebande, Bratspieße führten. (Stürmische Heiterkeit.) Herr Dr. Pannwitz mußte eine scharfe Rüge erhalten wegen seines Vorgehens gegen die Antwerpener Sanitätsexpedition. Der Abg. Möller hat es so dargestellt, als ob es feststehe, daß die Firma Krupp wirklich Lieferungen für England übernommen hat. Das halte ich für unmöglich. Ja, wenn die Firma Ludwig Löwe an Boulanger Gewehre geliefert hat, so ist das aus der Rassenzugehörigkeit zu verstehen. (Lachen.) Das Geschäft bringt es mal so mit sich. Aber daß Krupp so gehandelt hat, glaube ich ebenso wenig, wie daß sich Krupp für die Beibehaltung des bekannten Schweinburg als Flottensekretär intereßirt hat (Gelächter). Der Krieg Englands gegen Transvaal ist angezettelt von Juden, Börsianern und anderen Hallunken (Heiterkeit.). Wir dürfen nicht Partei ergreifen gegen ein Volk, das für seine Freiheit kämpft. Solche Zustände, wie in England sind bei uns unmöglich. Ein Minister, dem so etwas vorgeworfen würde, wie Herrn Chamberlain, säße bei uns hinter Schloß und Riegel. Ich spreche hier für die Mehrheit des deutschen Volkes. (Heiterkeit.) Jetzt wäre es für Deutschland Zeit, den Delagoa-Vertrag zu kündigen Zurück zu der Politik, die uns zu Ansehen und Ehren verholfen hat zurück zur Politik des Fürsten Bismarck! Fürst Bismarck hatte nicht nur das Bewußtsein der Verantwortlichkeit, er hatte auch den Muth der Verantwortlichkeit. Bedauerlich ist es, daß unsere Beziehungen zu Rußland nicht mehr so gepflegt werden, wie zu Bismarcks Zeiten. Da haben unsere Freunde in Israel wieder mitgewirkt Rußland dient einer großen Kulturmission, während England die Kultur schädigt. Wir müssen Opfer für die Verstärkung unserer Seemacht bringen, denn wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß England auch mal unsere Küsten bombardiert, hoffentlich dann nicht mit Kruppschen Granaten. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß unsere Marine im Ernstfall dem deutschen Volke Freude bereiten wird. Wir werden den Engländern schon die Flötentöne beibringen (Große Heiterkeit.) Sich wehren bringt Ehren!

Abg. Graf **Oriola** (nat.-lib.): Es entspricht wohl der Anschauung der Mehrheit des Hauses, wenn ich auf die eben gehörten Redner nicht eingehe. (Zustimmung.) Der Herr Reichskanzler hat die Worte eines Agitators des Bundes der Landwirthe zitirt, der sich darüber aufgehalten hat, daß zwei National-Liberale dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum ertheilen, der Deutschland zu einem Industriestaat machen wolle. Ich bin einer der beiden National-Liberalen gewesen, welche ausdrücklich erklärten, daß wir Vertrauen zu der Politik des Herrn Reichskanzlers hätten. Ich habe aber hinzugefügt und ausdrücklich betont, daß diejenigen meiner politischen Freunde, die dem Bunde der Landwirthe angehörten, oder ihm nahe standen, durch dieses Vertrauensvotum unserer Stellung zu wirthschaftlichen Fragen in keinerlei Weise präjudizirt haben. Sowohl in unserer national-liberalen Partei als auch in den verschiedenen anderen Parteien des Hauses stimmen die einzelnen Mitglieder in wirthschaftlichen Fragen nicht immer überein. Es bestehen verschiedene Anschauungen über die Wege, wie man gewisse wirthschaftliche Ziele erreichen kann. Das hindert uns aber natürlich nicht, daß wir alle einig sind, der deutschen Landwirthschaft aufzuhelfen und dem Bauernstande, dessen Nothlage wir anerkennen, die nöthige Hilfe zu Theil werden zu lassen. (Beifall.) So verschieden auch die wirthschaftliche Auffassung der einzelnen Mitglieder meiner Fraktion ist, noch niemals sind mir Schwierigkeiten gemacht, weil ich meiner freien wirthschaftlichen Meinung Ausdruck gegeben habe. Von dieser meiner wirthschaftlichen Ueberzeugung abzuweichen habe ich keine Veranlassung, und Niemand hat das Recht, dem Manne, der jetzt seit Jahren unter den National-Liberalen den Namen des schlimmsten Agrariers erhalten hat, nachzusagen, er sei nicht mehr national-liberal. In voller Uebereinstimmung befinde ich mich mit meinen Freunden in Bezug auf die Beurtheilung des Börsengesetzes, das wir im Gegensatz zu dem Abg. Rickert nicht für schädlich halten. Nein, wir halten dies für ein sehr gutes Gesetz, wir wünschen seine kräftige Durchführung, und wenn wir heute etwas geschertere und festere Preise haben, so liegt das an dem Verbot des Terminhandels. Unsere Stellung in Bezug auf Handelsverträge haben wir nicht geändert, wir erkennen vollkommen die Nothlage der Landwirthschaft, namentlich in Folge des Arbeitermangels, an. Wir erkennen auch die Nothwendigkeit der Bekämpfung der Seuchengefahr und die Nothwendigkeit eines guten Fleischschaugesetzes an. Wir verlangen eine Handelsvertragspolitik, die der deutschen Landwirthschaft genau so gerecht wird wie der Industrie. Damit wiederhole ich nur das, was ich seit Jahren gesagt habe. Es ist doch lächerlich, wenn gewisse Herren in Versammlungen laufen und solche einfache klare Grundsätze, wie ich sie, wenn ich nicht irre, als letzter Redner des vorigen Jahrhunderts, ausgesprochen habe, künstlich verdrehen. Ich bin nicht der Meinung des Herrn Rickert, daß man die Agrarier nicht hätscheln solle, da das nur der Sozialdemokratie nützen würde. Ich weiß auch nicht, was Herr Rickert unter hätscheln versteht. Ich und meine ganze Partei wünschen die nöthige Rücksicht auf unsern Bauernstand. Wir glauben in der Erhaltung des Bauernstandes und eines gesunden Mittelstandes das beste Bollwerk gegenüber dem Vordringen der Sozialdemokratie zu erblicken.

Wir haben keine Veranlassung, dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum zu ertheilen. Die Gründe, die Herr v. Kardorff angeführt hat, sind auch zu keinem Mißtrauensvotum geeignet. Der Kanal geht uns hier garnichts an, vor allem nicht die Süddeutschen, und ebensowenig haben die Mitglieder des Reichstages, die nicht preußische Unterthanen sind, etwas mit den Beamtenmaßregelungen zu thun. Was hat denn Herr v. Kardorff dem Reichskanzler vorgeworfen? Die Aufhebung des Verbindungsverbots. Nun, wir ertheilen dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum, weil er sich in dieser Frage in richtiger Weise benommen und sein Versprechen eingelöst hat. Wir ertheilen dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum, weil wir wissen, daß es sich in diesem Augenblick für Deutschland um eine der größten nationalen Fragen handelt, die uns überhaupt in den letzten dreißig Jahren bewegt haben. Es handelt sich darum, Deutschlands Seemacht und Ansehen zu stärken. Einem Kanzler, der das unternimmt, ertheile ich ein Vertrauensvotum namens meiner gesammten Partei. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident Graf **Ballestrem** theilt über die Geschäftdispositionen mit, daß morgen der Etat weiter berathen werden soll. Am Montag soll die erste Lesung der Unfallgesetze beginnen, auf die dann die zweite Lesung der lex Heinze folgt. Hoffentlich werde das Haus dann beschlußfähig sein.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats, und zwar Etat des Reichskanzlers, des Reichsjustizamts, des Reichsschatzamts und kleinere Etats).

Schluß 5½ Uhr.

Spielplan für die Zeit vom 22. bis mit 31. Januar 1900.

a) Im Hoftheater Karlsruhe.

Dienstag, 23. Jan.: **Abonnements-Abtlg. A.** 31. A.-V. (Mittel-Preise.) **„Als ich wiederkam"**, Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Donnerstag, 25. Jan. **Abonnements-Abtlg. A.** 32. A.-V. (Mittel-Preise.) Neu einstudiert: **„Mignon"**, Oper in 3 Akten von Michel Carré und Jules Barbier, deutsch von Ferdinand Gumbert, Musik von Ambroise Thomas. Anfang 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Freitag, 26. Jan. 13. Vorst. außer Ab. (Große Preise.) Erstes Gastspiel von Frau Agnes Sorma. Neu einstudiert: **„Der Hüttenbesitzer"**, Schauspiel in 4 Akten von Georges Ohnet. Claire: Agnes Sorma als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Der Verkauf der Eintrittskarten zu dieser Vorstellung findet statt: an die Abonnenten am Montag, den 22. Jan. und zwar für Abt. A von 10—11 Uhr vorm., für Abt. B von 11—12 Uhr mittags und für Abt. C von 12—½1 Uhr nachm. Der allgemeine Vorverkauf von Dienstag, den 23. Januar, an.

Samstag, 27. Jan. **Abonnements-Abtlg. B.** 33. Ab.-Vorst. (Mittel-Preise.) Fest-Vorstellung aus Anlaß des Geburtsfestes S. M. des Kaisers in festlich beleuchtetem Hause: **„Die Zauberflöte"**, Oper in 2 Akten von Em. Schikaneder, Musik von W. A. Mozart. Anfang 7 Uhr, Ende nach ½10 Uhr.

Sonntag, 28. Jan. **Abonnements-Abtlg. A.** 33. Ab.-V. (Mittel-Preise.): **„Der Freischütz"**, romantische Oper in 3 Akten von Friedrich Kind, Musik von Karl Maria v. Weber. Eremit: Eugen Guth als Gast. Anfang ½7 Uhr, Ende gegen ½10 Uhr.

Montag, 29. Jan. 14. Vorst. außer Ab. (Große Preise.) Zweites Gastspiel von Frau Agnes Sorma. Zum erstenmal: **„Cyprienne"**, Lustspiel in 3 Akten von Victorienne Sardou und E. de Najac, deutsch von Oskar Blumenthal. Cyprienne: Agnes Sorma als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Der Verkauf der Eintrittskarten zu dieser Vorstellung findet statt: An die Abonnenten gleichfalls am Montag, den 22. Jan. und zwar für Abt. B von 11—12 Uhr, für Abt. C. von 12—½1 Uhr und für Abt. A von ½1—1 Uhr nachmittags. Der allgemeine Vorverkauf von Mittwoch, den 23. Januar an.

Mittwoch, 31. Jan. 15. Vorst. außer Ab. (Große Preise.) Drittes und letztes Gastspiel von Frau Agnes Sorma: **„Die versunkene Glocke"**, deutsches Märchendrama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann. Rautendelein: Agnes Sorma als Gast.

Der Verkauf der Eintrittskarten zu dieser Vorstellung findet statt: An die Abonnenten am Mittwoch, den 24. Jan., und zwar für Abt. C von 11—12 Uhr, für Abt. A von 12—½1 Uhr und für Abt. B. von ½1—1 Uhr. Der allgemeine Vorverkauf von Donnerstag, den 25. Januar, an.

Für die Vorstellungen am Dienstag, den 23., Donnerstag, den 25., Samstag, den 27. und Sonntag, den 28. Januar findet der Vorverkauf der Eintrittskarten zum Kassenpreise zuzüglich 35 Pf. Vorverkaufsgebühr von Samstag, den 20. Januar, bis längstens 5 Uhr nachm. des der betr. Vorstellung vorhergehenden Tages, an Werktagen jeweils von ½10 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags und von 3—5 Uhr nachmittags an der Vorverkaufsstelle im Hoftheatergebäude, Eingang Stadtseite, statt. — Bei schriftlicher Bestellung ist der Betrag für die Karten und die Vorverkaufsgebühr (s. o.), sowie das Porto für Antwort durch Posteinzahlung (nicht Briefmarken) an die Vorverkaufsstelle des Großh. Hoftheaters einzusenden. Schriftliche Bestellungen werden nur von Auswärtswohnenden angenommen.

b) Im Theater in Baden.

Mittwoch, 24. Jan. 19. Ab.-Vorst. **„Die Heimat"**, Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Anfang ½7Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Dienstag, 30. Jan. 20. Ab.-Vorst. **„Das Nachtlager in Granada"**, romantische Oper in 2 Akten nach Friedrich Kinds gleichnamigem Schauspiel bearbeitet von Braun, Musik von Konradin Kreutzer. Anfang ½7 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

323 Millionen verkauft!
LEONARDTs Kugelspitz-Federn.
312.26.13

Zur Ballsaison

empfehlen wir unser reich assortiertes Lager in allen Arten von 364.3.2

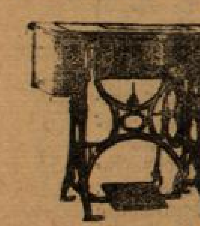
Ball- u. Gesellschafts-handschuhen

in verschiedenen Qualitäten, Längen und Preislagen für Damen und Herren.

Grosse Auswahl in weissen

Cravatten.

Ludwig Oehl Nachfolger,
Kaiserstrasse 116.



Nähmaschinen
neuesten Systems, vor- und rückwärts nähend, auf Wunsch mit Stick- und Stopfapparat, langjährige Garantie.
Strickmaschinen
erstklassiges Fabrikat mit vielen Verbesserungen. Unterricht gratis. Koulante Zahlungsbedingung.
Schwinn & Ehrfeld

Karlsruhe, Adlerstr. 34, Eingang Lidellplatz. Fabriklager der Maschinen-Fabrik Gritzner A.-G. Durlach. Kataloge gratis und franko. 230.50.8

Petroleum-Heizöfen L'Ardent.

„L'Ardent" in verschiedenen Formen und Grössen ist wirklich der beste aller existierenden Petroleum-Heizöfen.
Vollständig geruchlos und von schneller, überraschender Heizkraft.
Leicht transportabel.
Ohne Rohr zu brennen.
Jeden Ofen verkaufe unter Garantie.

Meine bewährten Petroleum-Heizöfen, die nur ächt sind, wenn sie mit dem Namen „L'Ardent" und dem des alleinigen Fabrikanten „Sepulchre" versehen sind, bitte nicht mit den nachgemachten Petroleumöfen zu verwechseln, die nur in der Form ähnlich sind. Vollständig gefahrlos, da sich das im Behälter befindliche Petroleum durch die sinnreiche Konstruktion und feine Bearbeitung nicht erwärmt, sondern bei seiner gewöhnlichen Temperatur erhalten bleibt. 454.3.2

Patentierte Kochapparate New Ardent in gleicher Weise für Kochzwecke empfiehlt

Otto Büttner, Karlsruhe,
Kaiserstrasse 158, Ecke Douglasstrasse.

Adolf Sexauer

Großh. Hoflieferant,
Friedrichsplatz 2. Telefon 164.

Großer Ausverkauf wegen Umzug.

Abteilung I:

Verkauf des reich sortierten Lagers mit 10 % Rabatt.

Muster und Auswahlsendungen bereitwilligst.

Abteilung II:

Große Posten bedeutend zurückgesetzter
Teppiche, Bettvorlagen, Felle, Tischdecken, Divandecken, Portièren, Möbelstoffe, Satteltaschen, Gardinen, Stores ec. ec.

In dieser Abteilung können Muster- und Auswahlsendungen nicht gemacht werden. 438.3.3

Unerreichte Kräftigungsmittel!
Nervenstärkend! Blut- — fleischbildend!
Dr. Niemann's 409.4.2
Haematol ges. gesch. (Haemogl. steril. arom.) Unerreichte Wirkung b. Bleichsucht, Rachitis, Frauenleid. — Besser als Eisen u. Pepton. — Feinster Geschmack, prompte Wirkung. — Flasche 2 M. 50 Pf.
Haematol-Nährstoff 5 mal nahrhafter als Fleisch! Billigste und rationellste Ernährung! 500 gr. 2 Mk. 75 Pfg., 250 gr. 1 Mk. 50 Pfg.
Haematol-Cacao hergestellt aus Blookerschem Cacao. Unübertroffen nahrhaft und wohlschmeckend.

¼ Pfd.	½ Pfd.	1 Pfd.
Mk. 0,70.	1,35	2,60.

Hunderte Anerkennungen von Aerzten u. a. — Zu haben in den Apotheken.
Haupt-Depôt für Karlsruhe: **Gebr. Jost Nachf., Kronenstr. 28.**

HELIOS

Electricitäts-Actiengesellschaft Köln-Ehrenfeld. 158.20.3
Zweig-Bureau
Frankfurt a. M.
Westendstr. 78.
Telephon No. 1774.
Electrische Beleuchtungs- und Kraftübertragungs-Anlagen.

Dr. Arthur Kollmar's Nachfolger
August Kühling
(Doktor of dent. surg.),
in Amerika appr. Zahnarzt.
Kronen- und Brücken-Spezialität.
(Zahnersatz ohne Platten).
Kaiserstrasse 124 a, 1 Treppe.

Fordert für Mark 1.50 die Flasche v. ¼ Ko. Inhalt. Aerztlich erpr. u. empf.
Fortuna-Haematogen
zu hab. in Apothek. u. Drog.; hergest. i. d. Fabr. pharmaceut. Präpar. Berlin C., Dragonerstr. 6a.
393.13.2

Ein unübertroffen hochfeiner Magenbitter allerersten Ranges ist Apotheker Sigle's
Bitter-Alpino
Nur mit edlen Weinen bereitet. Für Magenleidende besonders empfehlenswert.

Preis per Flasche mit	¼	½	¾ Ltr.
	M 1.75	2.25	3.25

Raab & Eckhardt
Südwein-Grosshandlung
STUTTGART.
2 5.26.11

Willkommen jeder Hausfrau.
„Nausikaa"
Luxus-Waschseife
von **F. Wolff & Sohn,**
garantiert trockene Kernseife, im Gebrauche billig, angenehm und sparsam, das Paket von 4 Stücken 70 Pfg., empfiehlt 305.3.2
Luise Wolf Wwe.,
4 Karl-Friedrichstraße 4.

Kupferberg Gold.
Sekt-Marke I. Ranges in allen Weinhandlungen
9.158.10

BERLITZ SCHOOL
Sprachlehr-Institut
Für Erwachsene
Kaiserstr. 161, 3 Treppen, Eingang Ritterstr.
FRANZÖSISCH, ENGLISCH, ITALIEN., RUSS. etc.
Nur Lehrer der betreffenden Nationalität.
75 Zweigschulen. Nach d. Berlitzmethode hört, spricht und schreibt d. Schüler, selbst d. Anfänger, nur die zu erlernende Sprache. Probelektion gratis. Klassen- u. Einzelunterricht für Herren u. Damen von 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.
52. Eintritt jederzeit. 241
Prospekte gratis und franko.

Margarine
Bester Ersatz für Tafelbutter, 1 Pfd. 70 Pf., 2 Pfd. à 65 Pf.
Bester Ersatz für Kochbutter, 1 Pfd. 55 Pf., 2 Pfd. à 50 Pf.
Schweineschmalz,
garantiert rein u. blütenweiß, 1 Pfd. 45 Pf., 5 Pfd. à 42 Pf.
Fr. Wilhelm Hauser,
Kaiserstr. 76 — Werderstr. 25.
72—9
Prompter Versand nach auswärts.

Pianino,
gespielt, gut erhalten, billig zu verkaufen bei M. Hack, Café Grünwald, 2 Treppen. 335.5.3

Schwarzwälder Gebirgs-Branntwein.
Kirschwasser, p. Ltr. M. 2.50, Zwetschgenw., p. Lt. M. 1.60, Wachholderbeergeist, pr. Ltr. M. 1.80, Kornbr., p. Ltr. M. 1.40, Cognacs, deutsche u. franz., in verschied. Preislagen. Für Reinheit, Garantie. Ziel 5—6 Mte. Proben p. Nach. v. 1 Ltr. an, versenden franco 232.52.12
Gebr. Zimmermann
Mannheim,
Schwarzw. Branntwein-Versand.

Streng reelle u. billigste Bezugsquelle! mehr als 150000 Familien im Gebrauche!
Gänsefedern,
Halbdaunen, Schwanenfedern, Schwanendaunen u. alle anderen Sorten Bettfedern u. Daunen. Neuheit und beste Reinigung garantiert! Gute, preisw. Bettfedern p. Pfund für 0.60; 0.80; 1 M; 1.40. Prima Halbdaunen 1.60; 1.80. Polarfedern: halbweiß 2 M, weiß 2.50. Silberweiße Gänse- und Schwanenfedern 3; 3.50; 4; 5. Silberweiße Gänse-Schwanendaunen 5.75; 7; 8; 10 M. Echt chinesische Ganzdaunen 2.50; 3. Polardaunen 3; 4; 5 M. Jedes beliebige Quantum zollfrei geg. Nachn.! Nichtgefallendes bereitwill. auf unsere Kosten zurückgenommen.
Pecher & Co.
in Herford Nr. 30 in Westfalen.
Proben u. ausführl. Preislisten, auch über Bettstoffe, umsonst u. portofrei! Angabe der Preislagen erwünscht!
246.13.13